

## Presse-Information

---

24.3.2011

### **Wohnungsunternehmen kritisieren ständige Erhöhung kommunaler Abgaben**

**Der VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen prangert die ständige Erhöhung der Wohnnebenkosten durch die öffentliche Hand an. Anlass ist die kontinuierliche Erhöhung des kommunalen Grundsteuerhebesatzes in den vergangenen Jahren, aktuell will die Stadt Duisburg den Grundsteuerhebesatz für bebaute Flächen (Grundsteuer B) auf 590 Punkte festsetzen – eine Steigerung um fast 20 Prozent auf den höchsten Wert in Nordrhein-Westfalen neben der Stadt Essen.**

Landesweit ist der kommunale Hebesatz für die Grundsteuer B nach Angaben des Landesbetriebs IT NRW zwischen 1992 und 2009 im Durchschnitt von 334 auf 435 Punkte angehoben worden – eine Steigerung um mehr als 30 Prozent. Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, warnt vor einer zunehmenden Belastung der Mieter. „Über die Umlage in den Nebenkosten bekommen die Bewohner die Erhöhung der Grundsteuerabgabe sofort zu spüren“, sagt Rychter. Dabei geht es Rychter weniger um den gering klingenden Betrag, den eine Steigerung des Grundsteuerhebesatzes als Mieterhöhung zur Folge hätte – die Stadt Duisburg geht von einer Mietsteigerung von 1,60 Euro im Monat für eine Familie in einem Mehrfamilienhaus aus. Vielmehr kritisiert er die seit Jahren anhaltende Tendenz, das Grundgut Wohnen mit Abgaben zu belasten.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen Duisburg Niederrhein, Dietmar Vornweg, erklärt, eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes konterkariere die Versuche der Stadt die Attraktivität Duisburgs zu steigern: Wer einen Wohnort im Ruhrgebiet suche, wird sich sicherlich zwei Mal überlegen, ob er in eine Stadt mit der höchsten Grundsteuer NRWs zieht“, sagt Vornweg. Duisburg sei ohnehin von der positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung abgekoppelt – die

## Presse-Information

---

hohe Arbeitslosigkeit spreche da Bände. „Jede zusätzliche Belastung der Bewohner wird die Vermietungssituation nicht verbessern.“

Verbandsdirektor Alexander Rychter weist zudem daraufhin, dass die Kommunen momentan überhaupt nicht verlässlich mit der Grundsteuer kalkulieren können. „Die Kommunen müssen die Grundsteuerreform abwarten, bevor sie eine verlässlich die Einnahmen aus der Grundsteuer berechnen können“, sagt Rychter. Vorher sei jede Kalkulation mit neuen Hebesätzen auch Spekulation.